

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
Frau Beigeordnete Ehrenberg,
Klosterstraße 14
48429 Rheine

VV	BM	I	II	III	R
Stadt Rheine					
14. OKT. 2008					
BM					
II	2				

Anschrift:
Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Fon (0 59 71) 5 77 66
Fax (0 59 71) 5 08 30

Internet-Adresse:
www.SPD-Rheine.de

Bankverbindung:
Stadtparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 05

14. 10. 2008

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Beigeordnete Frau Ehrenberg,
in den Medien wird seit einiger Zeit vermehrt darüber berichtet, dass die Auswirkungen des Rauschmittelmissbrauchs zu erheblichen negativen Folge führen. Die Spannweite in den wissenschaftlichen Berichten geht dabei vom Kontrollverluste in Konfliktsituationen über ernsthafte chronische organische Krankheiten bis zur Berufs- und Erwerbsunfähigkeit wegen psychischer Erkrankungen als Folge des Rauschmittelmissbrauchs.
Nach Überzeugung der SPD-Fraktion ist deshalb die Intensivierung der Prävention und die Verbesserung der Motivation zum frühzeitigen Rauschmittelverzicht eine dringende gesellschaftliche Aufgabe.

Gegenwärtig wird über die zukünftige Aufgabenwahrnehmung und deren Finanzierung der Drogenberatung ab dem 01.01.2009 im Kreis Steinfurt gesprochen. Betroffen davon sind auch die Drogenberatungsstelle des Caritas Verbandes Rheine und die Einrichtung der Aktion Selbsthilfe e. V. Rheine. Aus Sitzungsdrucksachen ist zu entnehmen, dass möglicherweise massive Veränderungen auch für unsere Stadt Rheine zu erwarten sind (Reduzierung der Personalkostenförderung durch das Land NRW und den Kreis Steinfurt für die Einrichtungen in Rheine um rund 60.000,00 Euro). Auch die Stadt Rheine fördert die genannten Präventionsbemühungen. Die SPD-Fraktion bittet daher um Auskunft zu den folgenden Fragen:

1. Wie wird sich die Angebotsstruktur für Rheine verändern, wenn die Pläne der Landes NRW und des Kreises Steinfurt wie vorgeschlagen umgesetzt werden?
2. Ist die Stadt Rheine bislang durch den Kreis Steinfurt über deren Absichten informiert worden und konnte sich die Stadt Rheine an der Entwicklung der Beschlussvorlagen beteiligen?
3. Wie beurteilt die Fachverwaltung die Aufgabenwahrnehmung der Drogen - und Suchtberatung im Kreis Steinfurt bei den beabsichtigten Mittelkürzungen und welche Auswirkungen werden für die Stadt Rheine - als größte Stadt des Kreises - eintreten?
4. Welche Auswirkungen haben die Veränderungen für den Finanzierungsbeitrag der Stadt Rheine?
5. Wie stehen die Träger zu den in der Diskussion stehenden Vorschlägen des Landes NRW und des Kreises Steinfurt?

Mit freundlichen Grüßen

i. A.

Jürgen Roscher